Mit „Sport-Spiegel" · „Illustr. Film-Zeitung" · „Photo-Spiegel"

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer in Berlin 15 Pfg., auswärts 20 Pfg.

Erscheint wöchentl. zwölfmal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Modenspiegel", „Kunstspiegel", „Technische Rundschau", „Sportspiegel", „Illustrierte Film-Zeitung", „Photo-Spiegel", „U.T.A.", „Haus Hof Garten" mit „Jugendspiegel", „Jede Woche Musik". Bezugspreis: wöchentlich 1,20 RM einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5 RM monatlich exkl. Zustellung. Auslands-Bezug durch die Hauptexpedition und die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernsprecher: Dönhoff 3440—3462, für den Fernverkehr: 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berliblatt", Berlin. Rudolf Mosse-Code — Postscheckkonto: Berlin Nr. 324. Anzeigenpreis: Die 12gespalt. Zeile 1,20 RM. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49. Filialen: Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 36/37; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Blücherstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1—6; Greifswalder Straße 197; Fenstraße 1; Müllerstraße 135; Badstraße 61; Rheinsberger Straße 79; Charlottenburg: Tauentzienstraße 2; Kantstraße 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenstaße; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 9; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Grüllstr. 7; Weißensee: Berliner Allee 247 (Antonplatz); Wilmersdorf: Uhlandstr. 58; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 257
Ausgabe für Berlin

56. Jahrgang
Donnerstag, 2. Juni 1927

Erklärungen Chamberlains im Unterhaus

Vor Ueberreichung der ägyptischen Antwortnote.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London,** 1. Juni.

Im Unterhaus gab heute nachmittag Chamberlain eine Reihe von Erklärungen zu den englisch-italienischen Beziehungen und der englisch-ägyptischen Krise ab. Chamberlain erklärte auf eine Anfrage Ponsonbys, daß zwischen der englischen und italienischen Regierung kein schweigendes Uebereinkommen getroffen worden sei, Italiens Ansprüche zu unterstützen, die nicht auch im Unterhaus bekanntgegeben worden seien. Auf eine Anfrage Moskleys, ob die albanische Frage bei der Zusammenkunft Chamberlains mit Mussolini im vorigen Jahr erörtert worden sei, und ob damals Chamberlain Mussolini mit Beziehung auf den Vertrag von Tirana irgendwelche Versicherung gegeben habe, **erklärte der Außenminister, es stimme, daß während seiner Unterredung mit Mussolini die albanische Frage erwähnt worden sei.** Mussolini habe ihm aber damals erklärt, daß die italienische Politik in keiner Beziehung die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Albaniens bedrohen werde.

Hierauf wandte sich Chamberlain der gegenwärtigen englisch-ägyptischen Krise zu und sagte, daß sich bereits vor einiger Zeit ein Teil der ägyptischen Politiker eingehend mit der Frage des zukünftigen Status der ägyptischen Armee beschäftigt habe. Das Ziel dieser Politiker sei, die gegenwärtige Stärke der ägyptischen Armee zu vergrößern und sie zur Waffe einer einzigen politischen Partei zu machen. Diese Bestrebungen hätten der englischen Regierung viel Sorge gemacht. Die Verteidigung des Suezkanals sei eines der vitalsten Interessen Englands und der Schutz der Ausländer in Aegypten eine der wichtigsten Verpflichtungen, die England übernommen habe. England könne nicht zulassen, daß seine Pflichten in Aegypten durch eine englandfeindliche Streitmacht erschwert würden. Es sei durchaus zu befürchten, daß die ägyptische Armee eines Tages zu einer solchen englandfeindlichen Macht werde, wenn man sie ungestört aufrührerischen Einflüssen aussetze. Vor ein paar Tagen habe das Hilfskomitee des ägyptischen Parlaments der Deputiertenkammer Vorschläge gemacht, die Stärke der ägyptischen Infanterie- und Artilleriebataillone zu erhöhen und das Gehalt für den Sirdar zu streichen. Der englische Generalinspektor der ägyptischen Armee versehe im Augenblick den Posten des Sirdar, und der Sinn der Vorschläge des ägyptischen Komitees sei der, dieses Amt dem ägyptischen Kriegsminister zu übertragen. Hierdurch würde die gegenwärtig am Ruder befindliche Partei ungehindert ihren politischen Einfluß in der Armee geltend machen können. Nach Beratung mit der Regierung habe der Oberkommissar am Montag der ägyptischen Regierung eine Note überreicht, in der der englische Standpunkt zum Ausdruck gebracht wurde. In ihr wurde erklärt, daß die englische Regierung glaube, man könne sich einigen. Die Regierung sei bereit, sofort mit der ägyptischen Regierung Verhandlungen aufzunehmen. Sie müsse aber bis zur Erzielung eines Uebereinkommens darauf bestehen, daß die von ihr getroffenen Sicherheitsmaßnahmen aufrechterhalten werden. Angesichts der Anstrengungen, die gemacht würden, um die politische Erregung in Aegypten noch mehr zu entflammen, habe die Regierung beschlossen, drei Kriegsschiffe nach dort zu entsenden, in dem Glauben, daß ihre Gegenwart die unruhigen Elemente in Aegypten daran hindern werde, gegen die Ausländer vorzugehen. — Im weiteren Verlauf der Sitzung teilte Baldwin mit, daß es notwendig sein werde, im Herbst eine Parlamentstagung in Fortsetzung der augenblicklichen Session stattfinden zu lassen. Er hoffe, daß es möglich sein werde, das Parlament Ende Juli für die Sommerferien zu vertagen.

Wie aus Kairo berichtet wird, sind die drei englischen Schlachtschiffe, die am Montag Malta verließen, heute in Alexandrien eingetroffen. Sowohl hier in London wie auch in Kairo fanden gestern und heute Kabinettssitzungen statt, die sich mit der gegenwärtigen Lage beschäftigten. Die **ägyptische Antwortnote** ist im Entwurf fertiggestellt. Wie die ägyptische Zeitung „Ahram" erfährt, wird die Note **mehrere der englischen Forderungen ablehnen,** sie soll aber sonst versöhnlich gehalten sein und damit die Tür zu weiteren Verhandlungen offen lassen.

Vor Tschitscherins Ankunft.

Konferenz mit den russischen Vertretern in Paris und Rom?

Die Ankunft Tschitscherins, der in den Pfingsttagen in Berlin eintreffen wird, wird vielfach zum Anlaß für die verschiedensten Kombinationen genommen. So soll Tschitscherin sich mit dem russischen Botschafter in London, Rosengolz, und den russischen Vertretern in Paris und Rom treffen. Ob diese Meldungen den Tatsachen entsprechen, darüber ist an hiesigen zuständigen Stellen nichts bekannt. Man steht hier auf dem Standpunkt, daß, falls eine solche Besprechung wirklich stattfinden sollte, sie eine mehr oder weniger interne Angelegenheit der Russen sein würde, und ist der Meinung, daß Tschitscherin Berlin als Tagungsort vielleicht deshalb gewählt hat, weil er vor seiner Rückreise nach Moskau mit den Vertretern seiner Regierung in Paris und Rom zusammentreffen wollte und Berlin hierfür als der am günstigsten gelegene Ort in Frage kam. Dem Besuch allzu große politische Bedeutung beizulegen, ist schon deshalb nicht angebracht, weil Tschitscherins Aufenthalt in Berlin längst geplant war, also nicht etwa durch die Spannung zwischen Moskau und Berlin bedingt ist. Bei Gelegenheit seiner Anwesenheit wird der russische Außenminister, den Gepflogenheiten der internationalen Diplomatie entsprechend, auch dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann seinen Besuch abstatten. Ein Besuch bei Dr. Marx dürfte nach unseren Informationen nicht in Frage kommen.

Kritische Lage für Poincaré?

Eine bevorstehende Abstimmung in der Kammer.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L **Paris,** 1. Juni.

Eine Debatte, die für die Regierung gefährlich werden kann, wird wahrscheinlich in der Kammer beginnen. Der sozialistischradikale Abgeordnete Bonnefous will am Schluß der morgigen Sitzung beantragen, den von ihm ausgearbeiteten Gesetzesvorschlag über die Angleichung der Militär- und Zivilpensionen an die erhöhten Gehälter auf eine der nächsten Tagesordnungen zu setzen. Bonnefous ist der Meinung, daß die jetzt gezahlten Pensionen nicht in gleichem Maße wie die Gehälter den erhöhten Lebenshaltungskosten angepaßt worden sind; er verlangt, daß die Pensionen in demselben Maßstabe erhöht werden, wie es bei den Gehältern geschehen ist. Eine derartige Erhöhung würde einen neuen Kredit von 1,2 Milliarden erfordern. Der Ministerpräsident hat sich in der Finanzkommission, die mit dem Vorschlag Bonnefous im Prinzip einverstanden ist, gegen die Annahme dieses Gesetzvorschlages ausgesprochen, da das Budget durch die erforderliche Summe aus dem Gleichgewicht gebracht werde. Es wird angekündigt, daß der Ministerpräsident gegen die Besprechung des Vorschlags Bonnefous die Vertrauensfrage stellen wird. Poincaré hat sich aber bereit erklärt, in das Budget für 1928, außer den im Budget für 1927 vorgesehenen 350 Millionen, einen weiteren Kredit von 600 Millionen einzustellen, der für die Erhöhung der Alterspensionen verwendet werden soll. Da Bonnefous mit dem Vermittlungsvorschlag nicht einverstanden ist und von einem Teil der Radikalen sowie von den Sozialisten und Kommunisten unterstützt wird, kann es zu einer Debatte kommen, die das Kabinett in eine gefährliche Situation bringt. Der „Soir" erinnert daran, daß die Kammer des Nationalblocks am 19. März 1924 das Kabinett Poincaré aus einem gleichen Anlaß gestürzt hat. Der damalige Finanzminister de Lasteyrie wandte sich gegen einen ähnlichen Antrag und führte dieselben Argumente an, die Poincaré gegen den Vorschlag Bonnefous geltend machen will. De Lasteyrie stellte ebenfalls die Vertrauensfrage, und die Regierung blieb bei der Abstimmung in der Minderheit.

Wahlerfolg der englischen Liberalen.

Empfindliche Niederlage der Konservativen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London,** 1. Juni.

Bei den gestrigen Nachwahlen in Bosworth haben die Konservativen eine empfindliche Niederlage erlitten. Gewählt wurde der Liberale Sir William Edge mit 11 981 Stimmen, allerdings nur mit 271 Stimmen Mehrheit vor dem Kandidaten der Arbeiterpartei, J. Minto, der 11 710 Stimmen erhielt. Der konservative Kandidat, Brigadegeneral Spears, erhielt statt der 10 114 Stimmen, die bei den letzten Wahlen für seinen Vorgänger abgegeben worden waren, diesmal nur 7 685 Stimmen. Sowohl dem liberalen wie auch dem Kandidaten der Arbeiterpartei ist es also auf Kosten der Konservativen gelungen, ihre Stimmenzahl je um über 2000 Stimmen zu erhöhen. Sollte dieses Wahlergebnis die Antwort des englischen Volkes auf den Abbruch der englisch-russischen Beziehungen und das Gewerkschaftsgesetz der Regierung sein?

Noch weitere schwarze Tage?

Die Gefahren für die Wirtschaft.

F.P. Das Unheil an der Börse nimmt seinen Lauf, die Banken lassen ihm seinen Lauf (weil sie nicht anders können oder weil sie vielleicht auch nicht anders wollen?). Der Reichsbankpräsident bleibt ungerührt und schwingt nach wie vor seine Zuchtrute über der sündigen Börsenwelt. Großindustrielle, die die hohen Kurse der Aktien ihrer Gesellschaften sehr wohl für günstige Fusionstransaktionen auszunutzen wußten, stoßen immer neue Speere in die Wunden der Spekulation und erklären, daß auch jetzt das Kursniveau noch nicht dem Rentabilitätsgrade der Industrieaktien angepaßt sei. Unter den Wertpapierbesitzern droht Panik auszubrechen. Drei schwarze Tage gehen schließlich auch den Unentwegtesten an die Nieren, und was nicht von den Banken aus gewaltsam aus den Engagements hinausgestoßen wird, sucht sich durch freiwillige Flucht zu retten.

Es liegt uns ferne, die Börsenspekulation, und insbesondere die Auswüchse, die sie seit geraumer Zeit in Deutschland angenommen hat, zu verteidigen. Daß die Spekulation auf Kredit, und zwar nicht nur mit inländischem, sondern auch mit ausländischem Kredit, in Deutschland einen viel zu großen Umfang angenommen und das Kursniveau weit über vernünftige Rentabilitätsgrenzen hinausgetrieben hatte, ist gerade im Handelsteil unseres Blattes immer wieder dargelegt worden. Es wurde auch auseinandergesetzt, daß an dieser Entwicklung nicht nur die reichlichen und gern gewährten Bankkredite die Schuld trugen, sondern die andauernden und großen Interessenkäufe der Industrie, auch der industriellen Unternehmungen jener Wirtschaftsführer, die nachher den „Wahnsinn der hohen Börsenkurse" nicht scharf genug brandmarken konnten. Die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Rationalisierung werden sich, so sagte Herr Duisberg, erst in fünf bis zehn Jahren einstellen, und damit wollte er der Börse einen neuen Wasserstrahl geben. Aber die börsenmäßigen Auswirkungen der Rationalisierung, bestehend in den Paketaufkäufen in Aktien konkurrierender oder verwandter Betriebe, haben sich schon viel früher gezeigt. Es gibt in Deutschland zurzeit leider wenig Wirtschaftsführer, die sich die Konsequenzen ihrer Taten und Reden wirklich genau überlegen. Wäre das der Fall, so würden die Führer unseres Finanz- und Bankwesens nicht so gehandelt haben, wie sie in den letzten Wochen handelten, weil sie wahrscheinlich schon längst anders und vernünftiger gehandelt hätten.

Gewiß die Ueberspekulation mit Kredit und namentlich mit ausländischem Kredit ist ein Uebel, denn sie verdunkelt das Bild der wirklichen deutschen Wirtschaftssituation. Sie bringt Rückschlagsgefahren für die Wirtschaft, und wenn auch nicht für die Valuta, so doch für die Stetigkeit unserer Valutapolitik mit sich. Selbst wenn Spekulationskredite für die Wirtschaft nicht verloren gehen, so gibt es doch zweckmäßigere Wege der Kapitalzuführung an die Wirtschaft, auf denen das Kapital bewußter in die richtigen Kanäle verteilt werden kann, und auch eine Bevorzugung der Produktionsbedürfnisse vor den Konsumbedürfnissen und innerhalb der Konsumbedürfnisse eine Bevorzugung des notwendigen Lebensbedarfs vor dem reinen Luxuskonsum wenigstens bis zu einem gewissen Grade möglich ist. Darin ist dem Reichsbankpräsidenten unbedingt recht zu geben. Unverständlich ist es aber, warum Reichsbank und Privatbanken die Dinge erst so weit kommen ließen, wie sie gekommen sind. Warum nicht bereits in einem Zeitpunkt, in dem die Spekulationskredite noch einen geringeren Umfang erreicht hatten und die ausländischen Reportkredite eben erst zu fließen begannen, mit vorsorglicher Hand in die Entwicklung eingegriffen wurde, damit so schwere Erschütterungen, wie wir sie jetzt erlebt haben, vermieden werden konnten. Es ist unverständlich, aber es ist bis zu einem gewissen Grade doch verständlich. Die Politik der Reichsbank ist seit dem Januar dieses Jahres sehr wenig ausgeglichen und zielbewußt, und diese Mängel sucht sie durch Schärfe und dramatischen Applomb auszugleichen. Was die Privatbanken anlangt, so haben sie die Report- und Spekulationskredite lange Zeit als eine sehr rentable und dabei privatgeschäftlich sichere Anlage nicht nur jedem gewährt, der sie haben wollte, sondern sie haben sie ihren Kunden zum Teil förmlich aufgedrängt und nachgeworfen. Man erinnert sich wohl noch des Schlagwortes vom „produktiven Optimismus", das in den Bankbureaus vor noch gar nicht allzu langer Zeit die große Mode war. Man erinnert sich auch daran, daß andere Banken in ihren Berichten gelegentlich vor einer Ueberspannung des Börsenspiels warnten, aber schließlich doch nur fünfzigprozentig, und daß auch diese Banken zum Teil noch kurz vor dem Umschlag sich auf die Seite der Optimisten schlagen zu müssen glaubten. Bei allen Banken aber, gleichgültig, wie die obersten Leiter handelten und sprachen, haben die Depositenkassenbeamten die Kundschaft in die Spekulationskredite hineingezogen. Ganz unerfahrene Per-